



MANFRED WITT / DER SPIEGEL

Lombardium selbst warb in Flyern für „ein Beteiligungsangebot als Festgeldersatz“. Bis Ende 2015 konnten so über insgesamt fünf Anlegerfonds geschätzt zwischen 150 und 200 Millionen Euro eingesammelt werden.

Die Nachfrage nach Pfandkrediten sei noch sehr viel höher, erklärte Ebeling oft. „Sie können viele Mietshäuser und Unternehmen besitzen, aber plötzlich wollen Sie ein Bild für 150.000 Euro kaufen, und niemand gibt Ihnen das Geld dafür“, prahlte er 2012 in einem Fachmagazin. Um die Professionalität des Pfandgeschäfts zu sichern, habe man „hochkarätige Kunstspezialisten“ im Haus und sei auch mit Ermittlungsbehörden „prima vernetzt“.

Tatsächlich allerdings ging es hinter den Kulissen alles andere als geordnet zu, wie aus den Akten hervorgeht. Eine Keks-Unternehmerin etwa verpfändete wohl 2010 eine Studie Gustav Klimts für sein Bild „Die Jungfrau“, die ihr anscheinend gar nicht gehörte. Insgesamt bekam sie dafür eine Viertelmillion Euro Kredit. Allerdings wurde das Bild Lombardium nie ausgehändigt – sondern 2011, noch vor Auszahlung der dritten Kredittranche, bei Sotheby's in London versteigert, wie Lombardium irgendwann feststellte. Für ein Sechstel des angegebenen Wertes und „aus einer privaten österreichischen Sammlung“, wie Sotheby's angab.

Auch Robin M., einer der Verdächtigen sowie Geschäftsführer einer Fonds- und einer Vertriebsgesellschaft aus dem Lombardium-Universum, berichtet in einem Geständnis von haarsträubenden Zuständen und „fadenscheinigen“ Erklärungen. Als Pfandakten fehlten, habe es geheißt, sie würden nachgereicht; Pfandgegenstände, die sich nicht im Tresor befanden, seien „auf Reisen“. Und immer wieder sollte M. „Zwischenkredite“ genehmigen mit zweifelhaftem Verwendungszweck.

Wie aus Akten hervorgeht, wurden Millionen Euro zwischen etlichen Gesellschaften mit Namen wie PSS Beteiligungen GmbH oder Camaflobe Vermögensverwal-

tungs GmbH hin- und herüberwiesen. Schon 2010 erstatteten deshalb Banken Anzeige wegen Geldwäscheverdachts, doch viele dieser Ermittlungen wurden offenbar wieder eingestellt.

Erst als die Sparkasse Holstein für den Januar 2015 verdächtige Bewegungen auf einem Konto meldete, stellten die Staatsanwälte fest: Den rund drei Millionen Euro an Anlegergeldern, die dort allein in diesem Monat generiert und weiterüberwiesen wurden, standen anscheinend lediglich 59.000 Euro an realem Pfandgeschäft gegenüber. Allein eine Million Euro der fraglichen Summe wurde den Ermittlungen zufolge stattdessen verwendet, um Ansprüche aus Altfonds zu bedienen.

Das deutet auf ein Schneeballsystem hin, es stand allerdings zu diesem Zeitpunkt schon vor dem Zusammenbruch. Im Dezember hatte die BaFin den Lombardium-Gesellschaften bestimmte Geschäfte untersagt, und als 2015 beim Fonds Lombardium Classic 2 die Rückzahlung der stillen Beteiligungen anstand, stimmte das Unternehmen die Anleger auf eine Verzögerung ein.

Der Grund, so hieß es in einem Schreiben, sei, dass Pfandkredite nicht „in dem Maße zurückgeführt“ worden seien wie erwartet, und die Auktionen zögen sich hin. „Bei Kunst kann es dann auch noch sein, dass es gewisse Schwankungen in der Wertschätzung einzelner Künstler gibt.“

Wenige Wochen später folgten weitere Brandbriefe. Neue Gutachten von Wirtschaftsprüfern hätten zu einem „ernüchternden Ergebnis“ geführt. Die Pfänder, die sich derzeit bei Lombardium für die letzten Fonds befänden, seien insgesamt nur 14 bis 19 Millionen Euro wert. In Pfandlisten und Schreiben aus dem Vorjahr war noch vom mindestens Zehnfachen die Rede. „Das lässt meines Erachtens nur den Schluss zu, dass das Pfandleihgeschäft von Anfang an ein Anlagebetrugssystem war“, sagt die Münchner Rechtsanwältin Katja Fohrer, die für ihre Mandanten Schadensersatz einklagen will.

Lombardium dagegen schrieb zuletzt an etliche Anleger, die Gründe für die aktuellen Probleme seien „vielfältig, schuldhaftes Verhalten gehört nicht dazu“. Im Bereich der Kunst etwa habe sich die „Käuferschaft und damit die Nachfrage aus den Schwellenländern sowie Russland im Zuge des Verfalls der Rohstoffpreise erheblich reduziert“. Ungewöhnlicher Schmuck wiederum benötige „in der Verwertung erfahrungsgemäß Geduld, um Käufer zu angemessenen Preisen zu finden“.

Demnächst, hieß es, werde man einen Vorschlag für ein Sanierungsszenario unterbreiten. Wenige Wochen später rückte die Staatsanwaltschaft an.

Anne Seith

Mail: anne.seith@spiegel.de



WEITWINKEL

Schwul in Russland

Andrej war 18, als er zum ersten Mal einen Jungen küsste: „Er blieb über Nacht, und es war wundervoll.“ Doch kurz darauf sprayte jemand „Tötet die Schwuchtel“ an Andrejs Haustür, seine Mitschüler verprügelten ihn auf offener Straße. Und die Nachbarn feuerten sie an. Schwul sein bedeutet in Russland Gefahr: 37 Prozent der Menschen hier halten Homosexualität für eine Krankheit, die behandelt werden muss. 2013 trat ein Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ in Kraft. Wie leben Lesben und Schwule in diesem Klima aus Befremden und Hass? Und wie kämpfen sie dagegen an?

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN